

Arbeitsrecht (Nr. 045/2006)

Ausschluss aus dem Personalrat wegen Verletzung der Verschwiegenheitspflicht

Das Oberverwaltungsgericht (OVG) Rheinland-Pfalz entschied:

1.

Die Verschwiegenheitspflicht nach § 10 Abs. 1 Bundespersonalvertretungsgesetz (BPersVG) dient auch dazu, die für eine sachorientierte Zusammenarbeit notwendige Vertrauensgrundlage unter den Personalratsmitgliedern zu bewahren.

2.

Das kollegiale Vertrauen wird dann gänzlich untergraben, wenn das Verhalten eines Kollegen im Personalrat gerade zu dem Zweck offenbart wird, dass sich daraus nachteilige Folgen für das Personalratsmitglied ergeben.

**Beschluss des OVG Rheinland-Pfalz vom 05. August 2005
Aktenzeichen: - 4 A 10571/05.OVG –**

Veröffentlicht: Der Personalrat Nr. 2/2006

17.02.2006